

HO und Konsum entrümpeln

Schlechte Produktion belastet den Sowjetzonen-Etat

Wer sich in diesen Tagen etwas verspätet einen Wintermantel oder ein Paar Konsum-Schuhe zulegen will, wird vergeblich nach dem Ausschau halten, was er vergangene Woche noch im Schaufenster sah. Statt dessen überfallen ihn die Verkäufer und bieten mißglückte Mäntel, Schuhe und allerhand textile Ladenhüter zu halben Preisen an. Unter dem Motto „14 Tage bei kleinen Preisen“ suchen Konsum und HO noch rasch vor Weihnachten ihre Lager zu entrümpeln. Alles, was sich in den letzten drei Jahren nicht verkaufen ließ, wird nun auf den Markt geworfen, die brauchbare Ware jedoch für diese Zeit zurückgestellt.

Hinter diesem überraschenden „Herbstschlußverkauf“ verbergen sich jedoch harte Sorgen, mit denen sich der sowjetzonale Handel gegenwärtig herumzuschlagen hat.

Mitte Oktober fand in Leipzig eine zentrale Konferenz des staatlichen Handels statt, auf der SED-Minister Wach die „toten Lagerbestände“ von Konsum und HO allein an Textilien auf rund 800 Millionen DM bezifferte. Während die Restproduktion aus den Jahren 1950/51 zu meist als „Spende“ nach Korea und Indochina mitverfrachtet werden konnte, handelt es sich jetzt um die Ladenhüter der Produktionsjahre 1952-54. Diese Waren wurden zum Teil drei Jahre hindurch vergeblich an den Mann zu bringen versucht. Der Grund: Schlechte Stoffe, Fehldrucke im Muster, schmutzige Farben, Spaltleder bei Schuhen. Allein 70 000 Paar Schuhe aus der sogenannten „1. Versuchsreihe mit Schweinsleder“ liegen in den Lägern fest.

Verlust nicht tragbar

Ein derartiges Festfrieren von Kapital kann auch der staatliche Handel auf die Dauer nicht vertragen. Ein privates Unternehmen, das den Verlust aus eigener Tasche decken müßte, ginge dabei bankrott. Hier wirkt sich die Sache so aus, daß Konsum und HO seit Monaten nicht mehr in der Lage sind, frische Ware aufzunehmen. Die Fabri-

ken sitzen auf ihren Beständen fest, und sie stoßen die Ware schließlich dorthin ab, wo sie gerade bezahlt werden kann. So kommt es dann, daß es in Mecklenburg die Wintermäntel und in Sachsen die Badeanzüge gibt, beides möglichst zur unpassendsten Zeit.

Eine unmögliche Aufgabe

Auf der Leipziger Konferenz wurden verblüffende Zahlen genannt. In Berlin-Weißensee sitzt der Konsum auf unverkäuflichen Waren im Werte von 4 Millionen DM. Eine einzige HO-Filiale in Prenzlau hatte Ladenhüter für 730 000 DM, die sie von Bilanz zu Bilanz mitschleppen mußte. Eine Serie Mäntel der Berliner „Fortschritt“-Werke III hatte durchweg den einen Armel um 6 Zentimeter zu kurz. Trotzdem wurde die Auflage von 14 000 Stück dem staatlichen Handel angedreht, der sie jetzt „zu halben Preisen“ loszuwerden sucht.

Als erste Hilfsmaßnahme hatte sich die Zonenregierung noch auf der Konferenz bereit erklärt, „Überbestände“ für 100 Millionen D-Mark abzukaufen. Dieses Geschäft wurde nicht verlautbart, wohl aber gab die SED-Presse wenig später bekannt: „Großzügige 100-Millionen-DM-Spende der Regierung an die Volkssolidarität“. Die wenigen Eingeweihten wissen um die Großmut dieser Weihnachtsspende ...

Dem staatlichen und genossen-

schaftlichen Handel jedoch wurde als Aufgabe gestellt, bis zum 31. Dezember Textilien, Schuh- und Lederwaren der „Überbestände“ im Werte von 400 Millionen DM zu verkaufen. Das heißt: Die Konsum- und HO-Verkäufer müssen zusehen, wie sie der Bevölkerung für 400 Millionen DM (!) Schund ins Weihnachtsgeschäft hineinschmuggeln können! Die „zwei billigen Wochen“, die diese Woche begannen, sind ein Anreißer für diese Aktion. Der Erfolg wird natürlich sein, daß sich jeder Verkäufer und Filialleiter bemüht, zuerst einmal den alten Schund loszuwerden, um seinen Anteil an den 400 Millionen zu erfüllen. Er spekuliert dabei auf die Tatsache, daß die Leute zu Weihnachten ja doch einkaufen müssen. Und wenn die gute Ware unter dem Ladentisch zurückgehalten wird, bleibt ihnen letztlich auch nichts anderes übrig. Es sei denn, man verzichtet auf den Einkauf und beschenkt sich diesmal erst nach Neujahr ...

Die Schwierigkeit im Handel aber bleibt. Denn nicht nur Textilien und Schuhe liegen in den Lagerräumen fest, weil ihre Qualität den Absatz hindert. Eine durch unsinnige Produktionsgesetze gehemmte Konsumindustrie, ein am Absatz uninteressierter Staatshandel und eine kritisch gewordene Käufermasse lassen sich nun einmal nicht in Planziffern koordinieren. Und ein Schuh ohne Brandsole, wie man ihn in Leipzig zum Gaudi zeigte, ist auch dann noch kein Schuh, wenn er dank einer Aktivistenbrigade vorfristig in die Staatliche Handelszentrale kam, die ihn nun mit „Preisherabsetzungs“-Reklame an den Mann bringen will.

Die ersten Generale

DT. Nun haben wir gegenüber der sogenannten DDR, die nach der Meinung Molotows so üppig blühend der Bundesrepublik voraus ist, doch in einem Punkte ein wenig aufgeholt: wir haben die ersten Generale. Jahrelang waren wir hier „rückständig“. Wir sind es sogar heute noch; denn unsere Generale, bisher zwei an der Zahl, haben im Gegensatz zu denen von Pankow noch keine Truppe. Sie stehen vorerst noch einsam auf der mit drei Sternen gezeichneten obersten Stufe der militärischen Hierarchie. Immerhin: der Anfang im personellen Aufbau unserer neuen militärischen Organisation ist gemacht, und wir erwarten, daß er ohne jede vermeidbare Verzögerung auch vollendet wird. Die Generale Heusinger und Speidel haben und verdienen das Vertrauen, das sie zur Durchführung ihrer Aufgabe benötigen. Sie verdienen es nicht zuletzt deshalb, weil sie von Hitler schließlich verfermt worden sind.

Wir wollen dabei nicht den tragischen Aspekt übersehen, den die Laufbahn dieser Generale unter den Auswirkungen der letzten Jahrzehnte deutscher Geschichte bietet. Sie begannen als Offiziere der kaiserlichen Wehrmacht. Nach dem Zusammenbruch am Ende des ersten Weltkrieges standen sie im Dienst der Weimarer Republik. In höheren Führungsstellen waren sie dann Soldaten Hitlers. Heute erreichen sie, zehn Jahre nach der dritten Umwälzung unserer staatlichen Ordnung, die vierte Station ihrer soldatischen Tätigkeit im Dienst des neuen demokratischen Deutschland. Das ist der Weg auch mancher anderer hohen Offiziere des neuen Heeres, deren Ernennung bevorsteht.

Für sie alle gibt es kein Zurück in die Vergangenheit, die weit hinter uns liegt. Aus der Vergangenheit verpflichtet sie nur das Erbe echter soldatischer Tugend, die im Wechsel der politischen Umwälzungen lebendig blieb und heute allenfalls noch der Ergänzung durch einen modernen Sinn für die besondere Verbundenheit aller Soldaten im Dienste des demokratischen Staates bedarf. Die Generale

und Offiziere des neuen Heeres sind nicht mehr eine hervorgehobene Schicht wie in der kaiserlichen Zeit. Sie sind als Wehrmacht kein „Staat im Staat“ wie in der Weimarer Republik. Sie sind nicht persönlichem Machtwillen dienstbar wie in der Hitlerzeit. Vielmehr sind sie heute als „Staatsbürger in Uniform“ lebendiger Teil des Volkes, dem Ganzen verbunden und der Verfassung in absoluter Treue verpflichtet. Das Amt, das sie übernehmen, ist nicht nur eine höchste militärische Befehlsstelle, sondern auch eine Stelle des höchsten militärischen Gehorsams — des Gehorsams gegenüber der politischen Führung, dem Gesetz und einer humanen Moral.

Der Tag, an dem der Bundesverteidigungsminister den ersten Generalen und Offizieren des neuen deutschen Heeres die Ernennungsurkunden übergab, war der 200. Geburtstag des großen preußischen Reorganisators Scharnhorst. Es gehört zu den tragischen Begleiterscheinungen der deutschen Spaltung, daß sich im Namen der Freiheit sowohl Soldaten der Bundesrepublik als auch Soldaten der kommunistischen Diktatur von Pankow auf diesen Mann berufen. Das „Neue Deutschland“ stellt den „nationalen Streitkräften der DDR“ die Aufgabe, „Scharnhorsts Vermächtnis unter neuen historischen Bedingungen zu erfüllen“. Zu den neuen historischen Bedingungen gehört es, daß die überlebenden Generale, soweit sie nicht im Dienst der kommunistischen Diktatur stehen, von ihr geächtet und verfermt, die toten einer weit zurückliegenden Vergangenheit dagegen als Helden des „vaterländischen Kommunismus“ verehrt werden. Scharnhorst selbst, dessen Tradition nur in der Freiheit lebt, würde sich von diesem Bild voller Abscheu abwenden.

Es gibt bisher keinen Beweis dafür, daß der Aufbau deutscher Divisionen der wirkliche Grund zur Verweigerung der deutschen Wiedervereinigung durch Moskau ist. Auch die Genfer Konferenz hat ihn nicht gebracht. Nicht mehr die Tatsache eines neuen deutschen Heeres, sondern allenfalls seine koalitionspolitische Verknüpfung mit der westeuropäischen und atlanti-

schen Verteidigungsorganisation könnte in den sowjetischen Überlegungen eine Rolle spielen. Von einem Sprecher Pankows in Genf aber wissen wir aus öffentlicher Aussage, daß auch ein Ausscheiden Deutschlands aus der westlichen Verteidigungsgemeinschaft die Wiedervereinigung nicht ermöglichen würde, sondern daß dann noch andere Hindernisse bestünden. Das ist anscheinend die Bastion, auf die Moskau sich zur weiteren Verteidigung der Spaltung Deutschlands zurückgezogen hat: die Forderung, daß zunächst eine ideologische Umformung der Bundesrepublik im Sinne der „Errungenschaften“ Pankows erfolgen müsse.

Alle Positionen jedenfalls, die Moskau unter Aufrechterhaltung der Spaltung zu gewinnen sucht — sei es das kollektive Sicherheitssystem, sei es der Gesamtdeutsche Rat —, sind dazu bestimmt, die Wiedervereinigung zu verzögern und dem Kommunismus neue Wirkungsmöglichkeiten in Westdeutschland zu verschaffen. Wir müssen für die Wiedervereinigung gewiß zu Risiken bereit sein. Das Schicksal der Zone verpflichtet uns hierzu. Jedes Risiko aber muß sich einmal auflösen in dem entspannenden Akt freier gesamtdeutscher Wahlen. Ohne einen vertraglich festgelegten Termin und ein verbindlich vereinbartes Verfahren für Wahlen und die ihnen nachfolgende Entwicklung können wir ein Risiko nicht auf uns nehmen.

Nichts kennzeichnet den schlechten Willen Moskaus besser als der Umstand, daß Molotow auch auf der Genfer Konferenz trotz dem Drängen der Westmächte einen konkreten Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht vorgelegt hat. Er hat sich geweigert, uns im Rahmen eines solchen Planes die Voraussetzungen, die Termine, die Methoden und die Stufen zu nennen, die nach sowjetischer Vorstellung zur Wiedervereinigung Deutschlands führen sollen. Erst wenn diese Fragen von Moskau beantwortet werden, ist ein echtes Verhandeln überhaupt möglich. Sie werden auf der Tagesordnung aller Konferenzen stehen, die dem Genfer Treffen folgen werden. Wir selbst aber dürfen uns nicht entmutigen lassen.

Sowjetische Atomexplosion

London (AP). Das britische Verteidigungsministerium gab bekannt, daß in der Sowjetunion vor kurzem eine weitere Atomexplosion ausgelöst worden ist, die zu der diesjährigen sowjetischen Versuchsreihe gehört.

Erst Stunden vor der britischen Benachrichtigung über den neuen Versuch hatte der sowjetische Außenminister Molotow in Genf eine sofortige Achtung der Atomwaffen als ersten Schritt einer internationalen Abrüstung gefordert.

Entlassungen aus Ungarn

Berlin (DPA). Ungarn wird in Kürze 100 deutsche Kriegsgefangene, die in Ungarn zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, außer in die Sowjetzone auch in die Bundesrepublik und nach Westberlin entlassen.

Agitation mit Heimkehrern

Gefälschte „Einberufungsbefehle“ — Polizeiliche Ermittlungen

Berlin (Eigenmeldung). Zahlreiche Heimkehrer in Westdeutschland und in Westberlin haben in den letzten Tagen, wie DER TAG bereits berichtete, gefälschte Einberufungsschreiben für einen Auswahllehrgang erhalten, der angeblich vom Bundesverteidigungsministerium durchgeführt wird.

Beim Verband der Heimkehrer in Berlin meldeten sich mehrere Heimkehrer und zeigten die vom 5. November datierten Schreiben mit dem Briefkopf „Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung II/1-1“ vor.

In dem Schreiben wird Bezug genommen auf eine angebliche Bemerkung des Empfängers, sich den deutschen Verteidigungstreitkräften zur Verfügung zu stellen. „Sie werden daher zum Auswahllehrgang in der Zeit vom 15. November bis 17. Dezember zur Dienststelle des Bundesverteidigungsministeriums Bonn, Argenlanderstraße 105, einberufen“, heißt es in dem Schreiben weiter. Die Briefe sind den Berliner Behör-

An der Spitze des Fortschritts

101 bundesdeutsche Soldaten ernannt — Scharnhorst als Beispiel

Bonn (Eigenmeldung). In einer Kraftfahrzeughalle des Bundesverteidigungsministeriums ist die neue deutsche Wehrmacht aus der Taufe gehoben worden. Bundesverteidigungsminister Blank übergab den ersten 101 Soldaten der Streitkräfte ihre Ernennungsurkunden. Erster Soldat der Bundesrepublik wurde mit der Übergabe der Urkunde Generalleutnant Ernst Heusinger, der auch in Zukunft der erste Soldat der deutschen Streitkräfte bleiben soll.

An seiner Seite stand während der kurzen Feier, zu der ein gutes Dutzend Offiziere in ihren neuen Uniformen erschienen waren, Generalleutnant Dr. Hans Speidel. Er wurde der zweite Soldat der Bundesrepublik.

Die deutschen Streitkräfte umfassen bisher außer den beiden Generalen 18 Oberstleutnante, 30 Majore, 40 Hauptleute, fünf Oberleutnante, einen Stabsfeldwebel und fünf Oberfeldwebel. Am linken Flügel der Reihe der

Uniformierten stand ein einziger Marine-Offizier. Er wurde der erste Kapitänleutnant der Bundeswehr, mit zwei dicken goldenen Kolbenringen auf dem Ärmel der marineblauen Uniform.

Wochenschauen aus der ganzen Welt waren aufgeföhren, um den historischen Augenblick im Bild festzuhalten. In seiner Ansprache sagte Verteidigungsminister Blank, die Entwicklung der Streitkräfte werde in entscheidendem Maße von den Menschen abhängen, die sie führten. Der Geist der Truppe solle ein „lebendiger Ausdruck unserer freiheitlichen Gesinnung“ sein. Die Wehrmacht müsse neue Wege gehen, ohne die soldatische Vergangenheit zu mißachten. Scharnhorst habe die Richtung gewiesen, als er sagte: „Tradition der Armee hat es zu sein, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“

Möbel nach Andernach

Fast zur gleichen Stunde, da Blank den ersten 101 Freiwilligen ihre Ernennungsurkunden aushändigte, rollten mit Möbel beladene Lastwagen durch das Tor des ehemaligen Luftwaffenlazarettes bei Andernach. In diesem weitläufigen Terrain gruppiert sich das erste deutsche Nachkriegskasernengebiet.

Sozialleistungen an erster Stelle

Der neue westdeutsche Haushaltsplan — Steuerenkungen

Bonn (Eigenmeldung). — Die Bundesregierung hat dem Bundesrat den Entwurf des Haushaltsplanes für 1956/57 zur Beratung zugeleitet, der in Einnahmen und Ausgaben mit 32,576 Mrd. DM ausgeglichen ist.

Bundesfinanzminister Schäffer kündigte vor der Presse außerdem schon bekannten Steuerenkungen bei den Verbrauchssteuern eine Reform des Notopfers Berlin an, durch die etwa drei Millionen Steuerzahler

mit Einkommen bis zu rund 6000 DM jährlich von der Zahlung dieser Abgabe befreit werden sollen.

Die größten Posten bei den Ausgaben sind auch diesmal wieder die Sozialleistungen, die sich um gut 600 Mill. DM erhöhen, und die Ausgaben für die Verteidigung, die auf 9 Mrd. zusätzlich der im letzten Jahr nicht ausgegebenen Mittel, also insgesamt auf etwa 12 Mrd. DM geschätzt werden.

Gemeinsame Außenpolitik

Kiesinger appelliert an die SPD

Bonn (Eigenmeldung). Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, Kurt-Georg Kiesinger (CDU), hat vor Journalisten in Bonn erklärt, jetzt sei die Stunde für eine gemeinsame Außenpolitik von Regierung und Opposition gekommen. Er ging davon aus, daß der Verlauf der Genfer Konferenz allgemein eine tiefe Enttäuschung hervorgerufen habe.

Für den 28. November berief Kiesinger eine Sitzung des außenpolitischen Ausschusses ein, um noch vor der außenpolitischen Debatte des Bundestags, die am 1. oder 2. Dezember nach einer Regierungserklärung Dr. Brentanos stattfinden soll, mit den Vertretern der SPD über die Möglichkeit einer gemeinsamen Außenpolitik diskutieren zu können.

Der Ausschuß-Vorsitzende sagte, es liege im deutschen Interesse, eine Fortsetzung der jetzigen Genfer Besprechungen im kommenden Frühjahr zu fordern. Die deutsche Frage müsse im Gespräch bleiben, selbst wenn die Aussichten nicht gut seien. Die Bundesregierung könne nur hoffen, daß der Westen hart bleibe und es nicht

zulassen werde, daß die Deutschlandfrage beiseite geschoben werde. Die Unterhaltungen, die Brentano in Genf mit den westlichen Außenministern gehabt habe, seien in dieser Hinsicht durchaus ermutigend gewesen.

Rom verbietet Waffenausfuhr

Strafen für Angreifer im Nahen Osten

Rom (AP). Das israelisch-ägyptische Wettrüsten ist um eine mysteriöse Nuance reicher geworden. Die italienische Regierung gab bekannt, sie werde keine Exportlizenzen für 30 veraltete Düsenjäger des Typs „Vampire“ erteilen, die Ägypten bei der Firma Macchi bestellt hat.

Die gleiche Firma hat angeblich bereits im Februar 16 derartige Maschinen nach Kairo geliefert. Dieser ägyptischen Bestellung soll nach Mitteilung aus Kairo die Lieferung von 36 modernen Mystère-Jägern aus Frankreich an Israel vorausgegangen sein. Frankreich habe es aber abgelehnt, auch Ägypten mit diesen Maschinen zu beliefern.

Großbritannien und die USA beraten gegenwärtig, wie ein Angreifer in einem neuen Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten zu bestrafen ist. Als Möglichkeiten werden erwo-

Faure steigt wieder

Paris (AP/DPA). Zum viertenmal innerhalb eines Monats hat die französische Nationalversammlung der Regierung Faure das Vertrauen ausgesprochen.

Mit 285 gegen 247 Stimmen nahm das Haus den Antrag der Regierung an, die Neuwahlen nach dem modifizierten Verhältniswahlrecht, jedoch ohne Listenverbindungen vorzunehmen. Faure erhielt das Vertrauen nur durch die Unterstützung der Kommunisten.

gen: Embargo für Waffen und kriegswichtige Güter, Wirtschaftsblockade, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Einsatz von Truppen zur Wiederherstellung des Friedens.

Sorin für direkte Gespräche

Moskau (AP). Der als Botschafter in der Bundesrepublik vorgesehene stellvertretende sowjetische Außenminister Sorin vertrat auf einem Empfang in Moskau die Ansicht, daß „direkte Gespräche“ zwischen den beiden Staaten schon jetzt möglich seien, wenn auch die Vorbereitungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch nicht abgeschlossen seien. Auf die Frage, ob er etwas von Bonn gehört habe, erwiderte Sorin: „Nein. Wenn die Frage in den Händen Dr. Adenauers wäre, so würde ich wohl sehr bald etwas hören.“ Zur Genfer Konferenz sagte er: „Wir haben unsere Vorschläge unterbreitet. Wir können abwarten.“

Peter Dörfler †

München (KNA). Im Alter von 77 Jahren starb in München der katholische Schriftsteller Prälat Dr. Peter Dörfler. Mit ihm verliert ein großer Freundeskreis in aller Welt einen hervorragenden Erzähler. Sein Werk, vorwiegend im Boden seiner schwäbisch-bayerischen Heimat verwurzelt, ist allen Menschheitsfragen aufgetan, voller Lebendigkeit und Lebenswahrheit.

Eisenhower wieder in Washington

250000 Menschen säumten die Straßen

Denver (Kolorado) (AP/DPA). Nach siebenwöchigem Aufenthalt im Fitzsimons-Krankenhaus in Denver ist Präsident Eisenhower nach Washington zurückgefliegen.

Eine Menschenmenge hatte sich auf dem Flugplatz eingefunden, als der Präsident in einer Rundfunkansprache allen denen dankte, die ihn während seiner Krankheit betreut und

ihm Genesungswünsche geschickt haben. Während seiner Krankheit sei ihm erst zum Bewußtsein gekommen, „wie gut die Menschen sind“.

Auf dem Flugplatz von Washington hatten sich mehr als 8000 Menschen eingefunden, und mehr als 250000 säumten die Straßen der Hauptstadt, als der Präsident in einer Limousine mit durchsichtigem Dach ins Weiße Haus fuhr.

Orden für Schweitzer

Bonn (AP). Bundespräsident Heuß hat dem 80jährigen Arzt und Philosophen Albert Schweitzer in Bonn die Insignien der Friedensklasse des Ordens pour le mérite überreicht. Schweitzer war bereits im vergangenen Jahr in den Orden berufen worden. Heuß überreichte ihm die Insignien stellvertretend für das Ordenskapital.

Bundesminister Dr. Robert Tillmanns †

Ein schwerer Verlust für Deutschland, Berlin und die CDU

Völlig unerwartet ist am Sonnabendabend der Bundesminister für Sonderaufgaben, Dr. Robert Tillmanns, im Alter von 59 Jahren an einem Herzinfarkt im Berliner West-Sanatorium gestorben. Tillmanns war in der Nacht zum Sonnabend nach einem Herzanfall in das Krankenhaus eingeliefert worden. Das plötzliche Ableben des Ministers löste tiefe Bestürzung und große Anteilnahme in der Öffentlichkeit aus.

Bundeskanzler Adenauer bezeichnete den Tod Tillmanns' als einen schweren Verlust für die Bundesrepublik und die CDU.

Bundespräsident Heuss richtete an die Gattin des Verstorbenen ein Beileidstelegramm, in dem er den „schweren Verlust, zumal für Berlin“, bitter beklagte.

Jbg. Noch am Donnerstag hat er in Vertretung von Konrad Adenauer und zusammen mit Jakob Kaiser in Bonn die Sitzung des Bundesvorstandes seiner Partei geleitet, der Christlich - Demokratischen Union Deutschlands. Pläne und Aufgaben der Sozialreform wurden besprochen, und Robert Tillmanns brachte seine besondere Sorge zum Ausdruck um die Einheit unseres Landes im Blick auf die schlechten Nachrichten aus Genf. Das war es, was ihn in den zehn Jahren seit dem Zusammenbruch am stärksten bewegte: das Schicksal derer, die durch harte Siegerhand vom Ganzen getrennt worden waren. Er war sein Leben lang für die öffentlichen Angelegenheiten aufgeschlossen. So war es für ihn selbstverständlich, daß er 1945 nicht verzweifelt die Hände in den Schoß legte, daß er, der geborene Rheinländer, in Berlin



blieb. Hilfe für den Nächsten, das Gebot nahm er ernst. Er baute in Berlin und der sowjetischen Zone das Evangelische Hilfswerk auf. Und er ging wieder in die Politik, von der er 1933 ausgeschlossen worden war, weil er in der politischen Arbeit für die Zone und Berlin eine Aufgabe der Nächstenliebe sah.

Er hatte ein brennendes Gefühl dafür, daß unser Volk zusammenhalten muß, wenn es diese Zeit der Prüfung überstehen will. So war er zutiefst für die sozialen Nöte und Aufgaben aufgeschlossen. Niemand, der auf dem Gründungsparteitag der gesamtdeutschen CDU in Goslar 1949 dabei war, wird vergessen, wie er vor dem ersten Rausch des beginnenden Wirtschaftsaufstiegs die Westdeutschen mahnte, nicht die vom Unglück Verfolgten, die in der

Sowjetzone und die Heimatvertriebenen, zu vergessen. „Man geht leise im Haus umher, wenn jemand krank ist“, dieses Wort von Carl Sonnenschein rief der evangelische Christ Tillmanns damals den Delegierten mahnend zu.

Es war eines seiner größten Anliegen, daß der konfessionelle Zwiespalt in der Politik unseres Volkes nun endlich überwunden werden möge. Der Gedanke der Union vor allem zog ihn zu seiner Partei. Er war einer ihrer Mitbegründer in Berlin. Er gehörte ihrem Hauptvorstand für die sowjetische Besatzungszone und Berlin an und war zusammen mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer und den anderen Kameraden ein entschiedener Verfechter deutschen Willens gegen die kommunistische Politik der sowjetischen Besatzung und ihrer Handlanger.

Robert Tillmanns war kein Mann des lauten Auftretens. Er war kein Volkstribun und kein Demagoge. Er war der Mann des Gespräches, der überzeugen wollte. Gerne ging er zur Jugend in die Hochschulen und Akademien, in den vorparlamentarischen Raum, um die Scheu und Abneigung zu bekämpfen, die so viele wertvollen Kräfte von der Politik fernhält. Immer war er unterwegs!

Für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands war er der Nachfolger von Hermann Ehlers, der auch so plötzlich dahingegangen ist, vor kaum mehr als einem Jahr, und mit dem ihn Freundschaft verband. Für seine Partei ist dieser nun doppelte Verlust doppelt schwer, gerade jetzt. Mit Robert Tillmanns verliert die

(Fortsetzung nächste Seite)

Facharbeiter-Flucht beunruhigt SED

Ostpresse spricht von „Bevölkerungsbewegung“

Erstmalig gab eine Osterliner Zeitung vergangene Woche in ihrem Leitartikel die überhandnehmende Zonenflucht zu. Die Tatsache, daß täglich nahezu 1000 Menschen der Zone den Rücken kehren, registrierte das Blatt als „Bevölkerungsbewegung zwischen Ost und West“. Wobei die Schreiber den Eindruck zu erwecken suchten, als siedelten die Deutschen allmonatlich nach beiden Richtungen um. In jenem Zusammenhang sprach der SED-Komentator allerdings von einer Erscheinungsform der Zonenflucht, die allmählich die Wirtschaft zu desorganisieren beginnt: Der Facharbeiter-Flucht.

Der hier angeführte Artikel ist darum interessant, weil er einer offiziellen SED-Argumentation — gewissermaßen als Stimmungstest — vorangeschickt worden ist. Die SED gibt darin grundsätzlich die nicht mehr zu übersehende Facharbeiter-Abwanderung zu, führt diese aber auf die westdeutsche Konjunktur und die sich in der Bundesrepublik für Facharbeiter mehrenden Verdienstmöglichkeiten zurück. Sie versucht damit von

den politischen Zusammenhängen dieser Fluchtbewegung abzulenken und stellt die Flüchtlinge als Menschen hin, die nur um einer Verdienstschanze willen ihre Heimat verlassen.

Politische „Unduldsamkeit“

Die Tatsachen geben ein anderes Bild. Die Mehrzahl der flüchtenden Facharbeiter sind ältere Leute mit Familien, die eine eigene Wohnung — oft ein Häuschen und die eigene Werkstatt — aufgegeben haben. Sie sind geflüchtet, weil sie sich in den volkseigenen Betrieben zwischen Brigadenarbeit, Normerhöhungen, Politversammlungen und politischer Diffamierung einfach nicht mehr bewegen konnten.

Die Anlässe sind so vielfältig und doch alle gleicher Art. Da ist einem auf der Betriebsversammlung der Kragen geplatzt und er hat es „ihnen mal gesagt“. Am nächsten Tage stellte man ihn vor die Konsequenz: Entweder alles widerrufen oder Strafversetzung in den Kohlenbergbau. Ein anderer sollte Kameraden bespitzeln, weil irgend jemand im Betrieb

Sabotage vermutete. Der Dritte weigerte sich, als Vorarbeiter die Normenerhöhung zu decken, die nicht mehr zu rechtfertigen war. Aus tausend Faktoren resultiert die Spannung, die zur Flucht eines Arbeiters führen kann. Und — selbst wenn wirtschaftliche Motive in diesem oder jenem Fall eine Rolle spielen: Wer kann es einem präzise arbeitenden Facharbeiter verdenken, wenn er für das Produkt seiner Arbeit nach über zehn Jahren auch einmal Geld in Händen halten will, für das er seiner Frau und den Kindern etwas bieten kann?

Einige Zahlen allein aus Osterliner Großbetrieben sprechen für sich: Das Glühlampenwerk verließen seit dem 1. April 107 Facharbeiter. Auf mehreren Betriebsversammlungen bekannte sich die BGL selbstkritisch schuldig, durch „politische Unduldsamkeit“ die Flucht der Betroffenen herbeigeführt zu haben. Im EAW Treptow ließen seither 54 Facharbeiter den Arbeitsplatz im Stich. Wegen der Flucht eines einzigen wurde ein Parteisekretär abgesetzt. Er hatte dem Mann wegen einer Bagatelle mit dem SSD gedroht und bereits die Volkspolizei in die Wohnung geschickt. Bei Bergmann-Borsig gingen 28 Mann, darunter drei „Aktivisten“.

Argumente in der Lohntüte!

„Politische Unduldsamkeit“ aber ist nur ein leises Wort für das, was sich in diesen Monaten in volkseigenen Betrieben abzuspielen pflegt. Wo auf Betriebsversammlungen gebrüllt werden muß, fehlen den Schreibern bereits die Argumente. Und was soll man jenen letzten Endes erklären, die man von Planjahr zu Planjahr mit neuen Versprechungen in immer höhere Normen getrieben hat und denen man auch im kommenden Fünf-Jahrplan kein Plätzchen für ein wenig Wohlstand reservieren kann?

Noch in diesem Monat beginnt die SED in den Betrieben mit einer „Aufklärungskampagne gegen die Republikflucht“. Es ist fraglich, ob sie nützen wird. Der Arbeiter will Argumente nur noch in der Lohntüte und auf den Konsum-Verkaufstischen sehen. Dort aber fehlen sie auch der SED.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

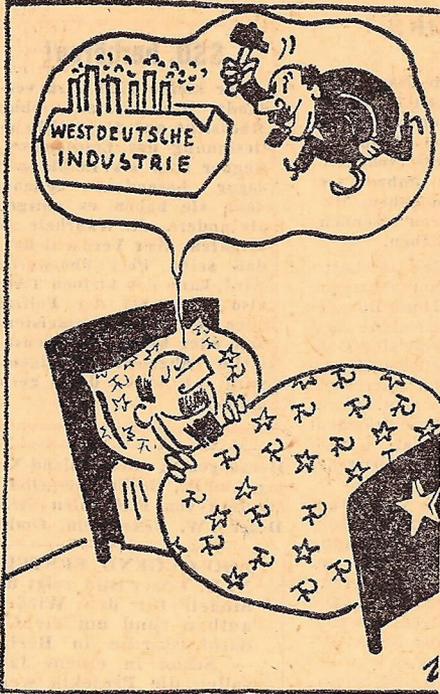
Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Bundesminister Tillmanns †

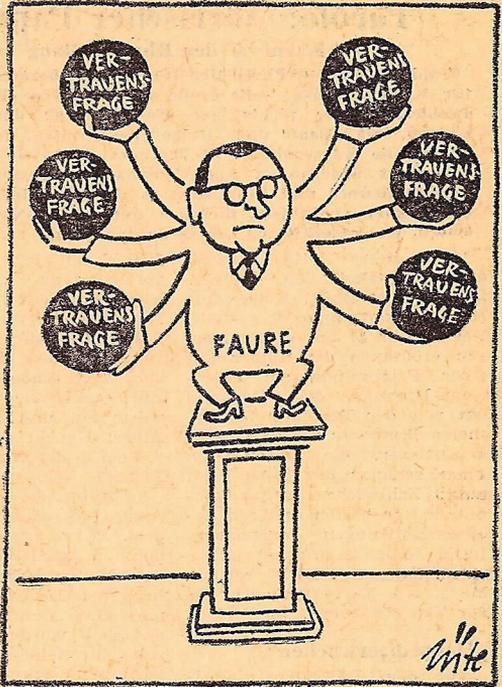
(Fortsetzung von Seite 5)

Gesamtpartei einen stellvertretenden Vorsitzenden, die CDU Berlins ihren Landesvorsitzenden, die Exil-CDU ein maßgebliches Vorstandsmitglied. Das Bundeskabinett verliert in dem Bundesminister Tillmanns einen echten Politiker, der über die Grenzen der Ressorts und der Interessen hinaussah. Berlin aber verliert einen seiner besten Anwälte in der Bundesrepublik, denn Berlin hatte er sich als besondere Aufgabe seines Ministeramtes erwählt.

Es ist an der Zeit, der politischen Arbeit, die seit 1945 geleistet worden ist, und den Politikern, die sie getan haben, mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Viele, allzu viele haben sich verzehrt in dieser Arbeit für Deutschland in allen politischen Gruppen. Die Liste der Toten sollte Zeichen und Mahnung sein. Urpötzlich meist holt sie der Tod, bei uns in Berlin vor zwei Jahren Ernst Reuter und jetzt, in einer unheimlich ähnlichen Weise, Robert Tillmanns.



Traumulus!



Moderne französische Plastik



BILD DER WOCHE. Zwei Staatsmänner sind wieder genesen: Präsident Eisenhower (links) fuhr zur Wiederaufnahme seiner Amtsgeschäfte nach Washington. Kanzler Adenauer (rechts) konferierte mit Pinay

Parole: Närrischer Paprika

Karneval den Rhein entlang

Frankfurt/Main (AP). Genfer Konferenz, überhitzte Konjunktur, Kartoffelpreise — die große und die kleine Welt ist voller Probleme. Aber nichts hat die „Narren“ davon abhalten können, mit „Alaaf“ und „Helau“ am Freitag, dem 11. im 11. wieder die Karnevalszeit zu beginnen, für viele die „schönste Jahreszeit überhaupt“. Am 15. Februar nächsten Jahres ist Aschermittwoch und dann wird es neue Probleme geben. Bis dahin aber sind viele, die sich mit Stolz „Narren“ nennen lassen, fest entschlossen, „Spaß an der Freud“ zu haben.

Unter dieses Motto hat auch die „Hauptstadt“ an Deutschlands Narrenstraße, Köln, seine Karnevalskampagne gestellt. Um 11 Uhr 11 am Freitagmorgen eröffneten die Kölner mit einer Feierstunde am Ostermann-Brunnen, dem Denkmal des von der Bevölkerung verehrten Schöpfers zahlloser Karnevalslieder, die Saison. Am Abend schlugen die Wellen dann hoch: Zahlreiche Karnevalsgesellschaften hatten zu ihren Eröffnungssitzungen eingeladen. Im Mittelpunkt stand die „Präsidentensitzung“. Dabei wurden die neuen Karnevalslieder aus der Taufe gehoben.

„Hoppedizerwachen“

Auf dem Düsseldorfer Ratshausvorplatz wurde die Session

1955/56 mit der Gemeinschaftsveranstaltung „Hoppedizerwachen“ eingeleitet. Hoppediz, der Narrenteufel, verlas seine Botschaft, Oberbürgermeister Gokke rief den Tausenden, die zum Teil schon im närrischen Putz gekommen waren, Grußworte zu, und Ehrenpräsident Albert Kaneht gab als Karnevalsmotto die Worte „närrischer Paprika“ bekannt.

In Mainz, das sich viel darauf zugute hält, nicht Karneval, sondern Fastnacht zu feiern, ging der traditionsreichste Verein, der Mainzer Carnevals-Verein, in seine 118. Kampagne. Die närrische Generalversammlung des MCV wurde zur Narrensitzung mit vielbejubelten und belachten Büttreden und Schunkeliedern gefeiert.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Obri-gens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

ZOO-GEGEND ERSTEHT NEU. Unser Bild zeigt das Modell für den Wiederaufbau rund um die Gedächtniskirche in Berlin. — Schon in einem Jahr sollen die Projekte weitgehend ausgeführt sein.

